

In Frankreich

## 86 Senatoren setzen sich zum Schutz von Christen ein



Sylviane Noël (Mitte stehend) im Senat

Quelle: facebook / @Sénat

Kürzlich veröffentlichten 86 Senatoren im Medium «Boulevard Voltaire» einen Aufruf an die französische Regierung, um auf antichristliche Taten aufmerksam zu machen. Der Titel: «Antichristliche Taten: Die Republik muss all ihre Kinder schützen!»

«Freiheit bedeutet, dass jeder unserer Mitbürger, ohne Ausnahme, seinen Glauben praktizieren kann», heisst es [im Beitrag bei «Boulevard Voltaire»](#). Sylviane Noël, Senatorin der «Les Républicains», unterstützt von 85 weiteren Senatoren, überwiegend aus derselben Partei, forderte die Regierung in dem Beitrag auf, Massnahmen zum Schutz der Gotteshäuser in Frankreich zu ergreifen.

Zwischen Januar und Juni 2025 wurden landesweit 401 antichristliche Vorfälle registriert. Dies ist ein Anstieg um 13 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum 2024, so das [«Centre de Réflexion sur la Sécurité Intérieure»](#). Dazu zählen Brandanschläge und Beschädigungen von Kirchen, körperliche Angriffe sowie der Diebstahl liturgischer Gegenstände.

## «Keine Schutz-Instrumente»

Diese Entwicklung verstärkt nach Ansicht der Senatoren das Gefühl der Christen, von der Politik im Stich gelassen zu werden. Denn im Gegensatz zu anderen Religionsgemeinschaften stünden ihnen «keine Schutz-Instrumente» zur Verfügung.

«Ob eine Synagoge geschändet, eine Moschee angegriffen oder eine Kirche verwüstet wird – stets ist dieselbe grundlegende Freiheit bedroht, es ist derselbe Schlag gegen das friedliche Zusammenleben. Doch heute haben Christen keinerlei vergleichbare Mittel, um Alarm zu schlagen, sich zu schützen und Gerechtigkeit zu erfahren.»

## Nationales Meldesystem gefordert

Zudem kritisierten die Senatoren die mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Christentum und forderten eine stärkere Anerkennung seiner Rechte.

«Wir appellieren heute nachdrücklich an die Regierung, unverzüglich zu handeln. Um die Religionsfreiheit jedes französischen Bürgers zu gewährleisten, ist es dringend notwendig, ein nationales Meldesystem einzurichten, das Opfer antichristlicher Taten unterstützt. Und dies öffentlich zugänglich, klar strukturiert und wirksam.»

## Kundgebung in Paris

Mehrere Medien griffen den Aufruf der Senatoren auf und verschafften der Forderung so zusätzliche Aufmerksamkeit. Die christliche Gemeinschaft ihrerseits setzt ihre Bemühungen fort, Öffentlichkeit, Politik und Staat für das Thema zu sensibilisieren.

So etwa bei der [Kundgebung gegen Christenfeindlichkeit](#), an der am Sonntag, den 28. September, in Paris rund tausend Menschen teilnahmen. Der Protest folgte auf die [Ermordung von Ashur Sarnaya](#), einem irakischen Christen, der am 10.

September in Lyon wegen seines Glaubens getötet wurde. Die Veranstaltung rückte erneut die Frage nach der Sicherheit von Christen in Frankreich und weltweit in den Vordergrund.

Zum Thema:

[«Überwachungssäkularismus»: Frankreich: Religionsfreiheit oder Kontrolle?](#)

[«Todesstrafe für ungeborene Kinder»: Frankreich: «Recht auf Abtreibung» in Verfassung?](#)

[Märsche in USA und Frankreich: Hunderttausende gegen Antisemitismus](#)

Datum: 02.10.2025

Autor: Elormise Pierre / Daniel Gerber

Quelle: Info Chrétienne / Übersetzung: Livenet

Tags

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Politik](#)

[Menschenrechte](#)

[Europa](#)